

ORF.at-„Wahlstimmen“-Interview mit Fayad Mulla, Wandel

„Wahlstimmen“-Frage

Der Wandel ist - glaube ich - eine Partei mit sehr vielen... also sie sagen es eh immer: Utopien, aber nein, sehr viele gute Ideen, auch wenn es vielleicht nicht zu hundert Prozent umsetzbar sind. Aber auch wenn es schon nur halb passiert, dann ... Also sie wollen ja den 2.000-Euro-Grundeinkommen, netto. Das wird sicher nicht so gehen, aber auch wenn es weniger wäre, wäre es eine gute Idee, glaube ich.

Gerald Heidegger, ORF.at: Herr Mulla, Sie haben gesagt, in Ihrem Parteiprogramm steht: Wir werden die Klimakrise so besiegen, wie wir einst die Nazis besiegt haben. Wenn man jetzt den Leuten sagen möchte, was der Wandel ist, was bekommen die Leute, die Sie wählen, konkret?

Fayad Mulla: Ganz kurz zu dem Herrn, der gerade gesprochen hat: Wir fordern ein 2.000 Euro netto Mindestlohn und nicht das Grundeinkommen. Was man beim Wandel bekommt, ist das, was wir im Endeffekt auch in unserem Zukunftsprogramm, in unserem Utopien-Programm geschrieben haben. Wir sind die einzige Partei, die ein wirkliches Programm geschrieben hat, wo wir in einer Generation sein wollen. Das fehlt unserer Politik momentan absolut, es gibt keine Zukunftsvision, es ist einfach das tägliche Hanteln von einem Skandal zum nächsten und kleinere Förmchen und kleine Sachen halt eben flicken.

ORF.at: Was meinen Sie mit „in einer Generation sein“?

Mulla: Zum Beispiel halt eben dass wir die 21-Wochen-Stunde in einer Generation in 30 Jahren erreichen wollen. Das heißt, wir haben einen Kompass, wir wissen, wo wir hin wollen. Das heißt also, dass wir im Hier und Jetzt auch wissen, was wir machen müssen. Ganz konkret bei dieser Forderung heißt es: Jetzt sofort die 35-Stunden-Woche einführen, die Menschen erarbeiten die Gewinne der Wirtschaft. Leider kommen sie ihnen nicht mehr zu Gute - seit gut 40 Jahren. Da wurde das letzte Mal die Arbeitszeit verkürzt in Österreich. Die Löhne stagnieren. Alles Geld kommt bei den Konzernen und den Superreichen an. Und unsere politischen...

ORF.at: Wir kommen... auf das Wohlstandsthema kommen wir eh noch, ja. ...

Mulla: Genau unsere politischen Handlanger sorgen aber auch dafür, dass es weiterhin so bleibt.

ORF.at: Gut, ich danke Ihnen einmal auf jeden Fall, dass Sie sich für dieses Format Zeit genommen haben.

Mulla: Danke für die Einladung.

ORF.at: Wir sind zwei Wochen durch Österreich gefahren - kreuz und quer von Feldkirch bis Mattersburg und Wien und haben so die Stimmung erhoben im Land, und wir wollten von den Menschen wissen, was ... was erwarten sie von Politik. Welche Themen betreffen sie. Und herausgekommen sind fünf Themenbereiche, und diese fünf Themenbereiche wollen wir allen Spitzenkandidaten bei dieser Wahl vorstellen. Also das heißt, es bekommen alle die gleichen Statements der Bürgerinnen und Bürger, und die schauen wir uns zusammen an. Und dann werden wir... haben wir drei Fragen für jeden Kandidat eigens journalistisch von der Redaktion ausgewählt. Und ich verstehe mich als Anwalt dieser Bürgerstimmen und werde immer ein bisschen nachfragen, damit das auch... was zwischen der Straße gesagt wurde und Ihnen, dass wir da sozusagen auf den Punkt kommen und dass es verständlich wird. Und wir starten mit den Themenblöcken, und das erste Thema, das wir ansteuern, wird das Thema Klima sein. Bitte.

„Wahlstimmen“-Fragen

Also ich finde, die neue Regierung - wie auch immer die dann ausschauen soll - soll eine CO2-Steuer einführen als Umweltmaßnahme.

Es ist genau wie mit die Abgase oder... oder ist wurscht was, und... und dann wird da so ein Theater gemacht. Die... die Rindviecher, die Furze, die die Rindviecher lassen, das... das ist schädlicher als die ganzen Autos und die Flugzeuge, die fahren. Ich meine, so viel deppert... ich glaube... ich glaube... das glaube ich einfach nicht. Also sollen wir jetzt bei jeder Kuh einen Katalysator raufmachen und die Flieger lassen wir oben fliegen? Ich meine, das ist etwas, was für mich nicht nachvollziehbar ist.

Ich sage nur Stichwort „Schwedengreter!“, ja. Ich glaube, dass das Thema Klimawandel überwertig im Augenblick dargestellt wird. Es lenkt eher von dem ab, worum es wirklich geht.

ORF.at: Sie sehen, wir haben sehr unterschiedliche Stimmen zum Klimawandel eingefangen. Ich wollte Sie fragen, in Ihrem Programm steht radikale Umstellung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Sie haben einen großen Utopismus entworfen, aber was konkret fordern Sie als dringende Maßnahme, weil die Uhr tickt ja beim Thema Klima ganz schön.

Mulla: Ganz konkret, um auch auf die Menschen, die Zuseherin oder die die Fragen gestellt haben, Bezug zu nehmen. Ja, es ist zum Beispiel... es sind nicht nur Rindviecher, die furzen, aber es ist unsere gesamte, industrielle Landwirtschaft, die eigentlich eine Chemielandwirtschaft mittlerweile ist. Wo es nur darum geht, so billigst wie möglich zu produzieren. Wo das Wohlbefinden der Tiere absolut keine Rolle spielt. Die Umweltzerstörung keine Rolle spielt. Und nur ein niedriger Preis herauskommen muss, damit halt eben große Konzerne wirklich viel Geld machen. Die Lösung für dieses Problem ist ganz klar regionales, biologisches Landwirtschaften - das kann jedes Land alleine schon einmal beginnen. Das

heißt: Wir müssen nicht immer auf die ganze Welt warten, sondern alle an einem Strang ziehen.

ORF.at: Das heißt: Österreich soll Vorreiter sein?

Mulla: Auf jeden Fall, ja. Wir ... wir brauchen nicht im Winter Erdbeeren aus irgendwo Südamerika hier haben. Wir müssen regional landwirtschaften, biologisch landwirtschaften ...

ORF.at: Also würden Sie das verbieten auch, dass diese Sachen kommen?

Mulla: ...und eben auch regionale Wertschöpfung in Österreich in den Regionen lassen. Und ja, bei gewissen Dingen muss man einfach sagen: Ja, das wollen wir nicht, das brauchen wir nicht. Und bei manchen Dingen muss man, wie wir es jetzt auch tun, sagen: Das erlauben wir nicht.

ORF.at: Brauchen wir eine CO2-Steuer?

Mulla: Auf jeden Fall. Ich glaube, wir brauchen alles, was uns irgendwie einfällt, weil die Klima- und Umweltkrise bedroht unseren Planeten. Bedroht die Menschheit ...

ORF.at: Also Sie sind für starke Regulierungsmaßnahmen in jeder Hinsicht?

Mulla: Auf jeden Fall. Und deswegen auch das Zitat, was Sie anfangs erwähnt haben: Wir stehen vor so einer gewaltigen Krise, dass wir wirklich gemeinschaftliches, gesellschaftliches, staatliches Handeln brauchen, wo wir alle als Staat, als Gesellschaft und auch als Wirtschaft an einem Strang ziehen, um diese Krise zu bewältigen. Die schlimmsten Auswirkungen werden wir nicht mehr aufhalten können. Wir sind mitten drinnen. Dafür haben unsere Konzerne, die Reichen und unsere Politik viel zu lange zugeschaut, wider besseren Wissens. Seit Jahrzehnten gibt es die Studien, die klar belegen, von großen Ölkonzernen, was sind die Auswirkungen. Sind alle geheim gehalten worden. Und deswegen müssen wir die gesamte Palette von CO2-Steuern, über regionales Landwirtschaften, Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, Ende der fossilen Energiestoffe und und und. Alles umsetzen, um noch eine gute Chance zu haben, die allerallerschlimmsten Dinge vielleicht nicht mehr zu erleben.

ORF.at: Viele Leute haben sich auch mit dem Thema Wohlstand auseinandergesetzt, weil sie das am eigenen Leib betrifft. Wir hören uns hier ein paar Stimmen an, bitte.

„Wahlstimmen“-Fragen

Gerade in Vorarlberg ist Wohnraum ein riesengroßes Thema durch die Nähe zu Liechtenstein und zur Schweiz. Und leistbares Wohnen ist kaum mehr möglich.

Für mich ist das Allerwichtigste, was die Regierung in Österreich zu machen hat, das ist die Armut in Österreich. Es gibt so viele arme Menschen in Österreich, die unter dem

Existenzminimum leben, die von der Mindestsicherung, von der Sozialversicherung abhängig sind - trotz Arbeit.

Ich bin Verkäuferin. Eine Verkäuferin steht bis 19, 20 Uhr im Verkauf. Der Kindergarten geht bis halb fünf, fünf. Ja, soll ich mir nachher das Kind auf den Rücken schnallen? Da ist nichts da. Und so fangen die ganzen Dilemma an. Und meiner Meinung sollte da viel mehr gefordert werden.

Dass wieder mehr im Vordergrund steht, dass man für den Wohlstand, dass es uns gut geht. Dass man was leisten muss - das ist für mich sehr wichtig. Das heißt aber nicht, dass ich denen, die Hilfe benötigen, keine vergönne.

ORF.at: Sie schreiben in Ihrem Programm, dass der Staat die Schalthebel von Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen soll. Heißt das, Sie wollen eine Reverstaatlichung aller Bereiche? Verstehen wir Sie da richtig?

Mulla: Nein, der Staat ist die Drehscheibe und die soll er auch werden. Und natürlich nicht alle Bereiche. Aber gerade von den Bereichen, wo der Markt jetzt über Jahre und Jahrzehnte bewiesen hat, dass er es nicht kann. Dass er für eine Krise nach der anderen sorgt und dann wieder wir als Gesellschaft dafür zahlen können. Ganz konkret bei der Bankenkrise zum Beispiel: Der Markt kann nicht Banken, Finanzierung, Finanzmärkte selbstständig bereitstellen, regulieren - funktioniert einfach nicht. Deswegen müssen wir die Konsequenz ziehen und sagen: Eine Infrastrukturleistung, wie halt eben unser Geldsystem, muss in staatliche Hand. Das Gleiche halt in vielen anderen Bereichen. Wir sehen ja auch, dass es funktioniert, dass der Staat im Pensionswesen zum Beispiel oder bei Bildung, bei Wasserversorgung, Müllentsorgung und so weiter, eine Top-Arbeit abliefert, ohne Gewinn das bereitstellt, und das wollen wir in anderen Bereichen, die systemrelevant sind und in privater Hand einfach nicht funktionieren, auch haben. Bei allen Privatisierungsbeispielen - von großen Projekten wie zum Beispiel in England eben die Wasserversorgung oder das Schienennetz, die Bahn ist ein Desaster geworden. Die Versorgungsleistung ist schlechter, die Menschen müssen mehr dafür bezahlen.

ORF.at: Was sagen Sie am Schluss der Dame, die sagt, sie hätte gerne, dass es sozial ist, aber dass es auch gerecht ist. Wie sorgt der Staat für Gerechtigkeit?

Prinzipiell durch die Umverteilung, aber er macht eigentlich nur die halbe Arbeit. Weil was wir wirklich wollen, ist eine anständige Primärverteilung. Wer hackeln geht, Vollzeit hackeln geht, so wie die zweite Dame, die arbeiten geht und trotzdem sich ihr Leben nicht leisten kann. Mindestsicherungsbezieherin, sind viele davon, die einen Job haben und aufstocken müssen, weil sie ja so schlechte Löhne bekommen. Deswegen sagen wir ganz klar: Wer hackeln geht, soll einen Lohn bekommen, von dem er ein gutes Leben führen kann. Das heißt, sich etwas leisten kann, was auf die Seite legen kann, seinen Kindern etwas bieten kann oder einmal im Jahr Minimum auf Urlaub fahren kann. Das steht den Menschen zu, die erarbeiten die

Gewinne und nicht irgendwelche Leute, die auf irgendwelchen Jachten liegen und ein paar Anrufe am Tag machen und irgendwelche Aktien verschieben. Das steht Menschen zu. Die Superreichen eignen sich Dinge an, die ihnen nicht zustehen. Acht Menschen besitzen so viel wie die halbe Weltbevölkerung, und unsere PolitikerInnen haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten denen auch noch wirklich dankend die Tür aufgehalten zu unseren Vermögen, zu unserem Staatsvermögen.

ORF.at: Es gibt viele, die sich beschäftigen mit der Frage des Zusammenlebens auch der Generationen. Wir haben festgestellt, dass Thema Jung und Alt sehr dominant war und auch dazu ein paar Stimmen.

„Wahlstimmen“-Fragen

Wir brauchen mehr junge Menschen, und das ist auch eine Sache, die mich an der Kurz-Politik halt angesprochen hat, dass es einfach viele... dass ich das Gefühl habe, es kommen viele junge Menschen zu Wort.

Ja wichtig ist auf jeden Fall, dass... dass wir die Schulbildung gut unterstützen. Sagen wir, in Bezug auf die Kinder - schon im Vorschulalter. Ich habe das bei mir gemerkt: Ich bin - wie ich nach Frankreich gegangen bin, konnte ich kein Französisch, ich konnte relativ wenig Englisch. Es sollten die Kinder eigentlich im Vorschulalter schon anfangen, dass sie mindestens die englische Sprache mit einbilden.

Die Meinung der Jugendlichen oder jüngeren Generation mit einzubeziehen und nicht zu sagen: „Die haben eh keinen Tau! Wählen ab 16 ist Schwachsinn - soll man wieder ab 18 machen.“ Weil dann wäre die Frage: Sollte man ab 60 nicht mehr wählen dürfen?

ORF.at: Herr Mulla, haben Sie das Gefühl, dass die Jungen auch zuletzt wieder mehr zu Wort gekommen sind mit einer jungen Regierung und einem jungen Kanzler?

Mulla: Ich glaube, der Herr Kurz hat dafür überhaupt gar nichts getan. Das waren eigentlich die Menschen, die Jugendlichen, die Kinder selber, die sich das Wort genommen haben. Zum Beispiel bei „Fridays for Future“, den Klimastreiks, den Schülerinnen-Streiks oder bei der Extinction-Rebellion, wo junge Leute - und genauso halt eben bei uns, wo extrem viele junge Leute mitmachen, aber genauso gut ältere Leute... Menschen sehen, dass unser System so einfach nicht mehr funktioniert. Dass wir auf eine Katastrophe... nach... auf eine Krise nach der anderen zusteuern. Wir spüren das in uns drinnen, wir sehen das ja tagtäglich und wir erheben unsere Stimme. Und ich bin extrem froh, dass das junge Leute jetzt viel viel stärker und einfordern.

ORF.at: Aber was soll konkret passieren, dass zum Beispiel die Pensionen finanzierbar sind? Jetzt sind ja gerade.. es ist eine Milliarde wieder mehr ausgegeben worden für Pensionserhöhungen. Was muss passieren, dass die Jungen von heute morgen auch eine Pension bekommen - nach Ihrem Programm?

Mulla: Also zum einen müssen sie anständige Löhne für ihre Arbeit bekommen, gerechte Löhne, gute Löhne. Und zum anderen müssen wir dafür sorgen, dass leistungsloses Einkommen nicht nach wie vor de facto mindestens halb so hoch besteuert wird nur. Und dann oft durch Steuerflucht von Superreichen und Konzernen überhaupt einfach an unserer Staatskasse daneben vorbeigewirtschaftet wird. Jeder hat seinen Anteil an unserem Steueraufkommen, an unserer Gesellschaft, an unserer Infrastruktur, unserer Bildung und so weiter zu tragen. Gerade große Konzerne profitieren enorm davon, von unserer Infrastruktur, Rechtssicherheit und so weiter in Österreich. Jeder muss seinen Beitrag eben leisten und es kann nicht sein, dass Menschen, die zum Beispiel von leistungslosen Kapitaleinkommen leben, nur die Hälfte an Steuern zahlen, als jemand, der hackeln geht.

ORF.at: Aber sollen die so... glauben Sie, dass Sie die so stark besteuern können, dass sie die Allgemeinheit damit finanzieren können?

Mulla: Ja auf jeden Fall. Also ich glaube, wir haben wirklich gar kein Bewusstsein davon, wie reich diese Menschen wirklich sind. Und bei allen Umfragen, bei den Statistiken von der ÖNB, von der Europäischen Kommission und so weiter, kommen diese wirklich reichen Menschen nicht einmal vor. Weil sie sich drücken davor, in jeder Umfrage, in jeder Statistik drinnen zu sein und alles daran setzen, um ihre Vermögen zu verstecken, ja.

ORF.at: Ein großes Thema, das wir hatten, ist auch die Frage Verkehr. Vor allem in den Regionen fehlen den Leuten oft Angebote für Verkehr und wir haben hier Stimmen gesammelt, die uns überrascht haben, weil wir festgestellt haben, dass das Thema sehr massiv ist bei den Menschen.

„Wahlstimmen“-Fragen

Im Außerfern wird oft diskutiert, braucht man die Fernpassstrecke? Soll man Alternativen finden?

Also es ist auch ein schöner Schmäh, wenn uns die Politik erzählt, wir sollen alle mit der Eisenbahn fahren. Wenn wir alle fahren, wird es beim Pendeln zusammenbrechen.

Also wenn ich jetzt irgendwo hin müsste aus meiner Heimatgemeinde, dann hätte ich es eigentlich schwer ohne Auto. Ich wäre an einem Bahnhof, wo ein Zug nur einmal in der Stunde fährt.

Es gibt in Mattersburg rundherum genügend Einkaufszentren, die allerdings nur mit eigenem PKW erreicht werden können. Am Land ist man da ja benachteiligt, weil man ja nicht so ein öffentliches Netz zur Verfügung hat. Da vermisse ich einfach, dass irgendetwas Konkretes einmal gemacht wird.

ORF.at: Herr Mulla, bei Ihnen steht: Mobilität ist der Zugang zu anderen Menschen, Informationen und Gütern. Was sagen Sie dem Herrn aus Zell am See, der sich konkret mehr öffentlichen Verkehr wünscht? Wie ist das durchsetzbar?

Mulla: Im Prinzip kann ich allen Menschen dort zustimmen, was sie gesagt haben. Ja, wir brauchen natürlich massiven Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln. Allen voran, um die Klima- und Umweltkrise zu lösen. Aber auch natürlich, um eine ganz andere Form vom Reisen zu ermöglichen, schneller zu sein, entspannter zu reisen. Gleichzeitig - und das vermisse ich eben auch, wie die Leute, komplett an der derzeitigen Politik - ich komme selber auch vom Land, und ich weiß, dass es dort nicht möglich ist, wenn man in einem kleinen Dorf wohnt, dass man einfach sofort alles auf öffentliche Verkehrsmittel umstellt, weil nicht jeder Bus kann in jedes kleine Dorf zu jedem einzelnen Haushalt eben hinfahren. Da wird in der Politik oft so getan: Öffentliche Verkehrsmittel ist die Lösung auf alle Probleme. Es wird noch auf lang - wahrscheinlich mittelfristig - individuellen Verkehr brauchen, vollkommen klar. Und den können wir aber auch umstellen auf andere Antriebsmöglichkeiten, andere Energiestoffe - egal, ob das Elektroantrieb ist oder Wasserstoffantrieb. Aber es wird nicht funktionieren, dass wir alles von einem Tag auf den anderen, dass wir den Leuten den Individualverkehr verbieten. Das funktioniert einfach am Land nicht. Das ist absolut unmöglich.

ORF.at: Das heißt, Sie wollen fördern.. den Individualverkehr fördern, aber den Umstieg auf andere Technologien unterstützen?

Mulla: Wir wollen den öffentlichen Verkehr fördern und wollen schauen...

ORF.at: Aber dort wo es nicht geht...

Wo es nicht geht, müssen wir eben schauen, welche anderen Möglichkeiten gibt es - von Carsharing über andere Antriebsmöglichkeiten, das auf jeden Fall. Aber sicher nicht gehen kann, dass man sagt, Individualverkehr ist nur mehr böse und, man muss sofort alles auf öffentlich umstellen.

ORF.at: Aber wollen Sie so wie die Grünen ab 2030 keine Autos mehr zulassen, die CO2 emittieren?

Mulla: Ja, das auf jeden Fall. Also ich glaube, niemand ist wirklich scharf darauf, dass sein Auto auf jeden Fall CO2 ausstößt. Die Leute wollen von einem Ort an den anderen kommen, wollen zu ihrer Arbeit kommen, wollen Sachen einkaufen und so weiter, transportieren. Ich glaube nicht, dass den Leuten wichtig ist, dass ihr Auto auch die Umwelt verpestet.

ORF.at: Gut, wir haben festgestellt, dass das fünfte große Thema, dem wir begegnet sind, das Thema Zusammenleben, politische Kultur und auch die vielen Streitereien, die die Menschen in der Öffentlichkeit, in der Diskussion wahrnehmen, sind und haben hier ein paar interessante Stimmen eingefangen.

„Wahlstimmen“-Fragen

Ach ich habe gar kein Gefühl mehr, weil ich - glaube ich - gar nicht mehr wählen gehe. Ich mag nicht mehr.

Ich glaube, die Leute sehnen sich nach einer Stabilität.

Ich glaube, dass... dass Österreich jetzt wirklich sich entscheiden muss, in welche Richtung dass es tendiert. Ja, ist es jetzt wirklich bei der EU oder wollen wir eher so Orbán-mäßig quertreiben?

Ich empfinde die Wahlkampfkosten ja enorm. Und was man da zum Beispiel Geld im Wahlkampf fließt, was man sonst das Geld ja nicht haben, gell?

Verantwortung übernehmen sollte man schon können, wenn man so ein Amt übernimmt. Und zu Dingen stehen und nicht alle zwei Minuten... „Ach so, hab ich das falsch verstanden“... ich meine, sie reden sich einfach ständig raus. Leben funktioniert so nicht. Weil jede Freundschaft geht den Bach runter, wenn ich so mit meiner Freundin tu... Einen Tag Hü, einen Tag Hott... einmal weiß ich es, einmal weiß ich es nicht. Dann sagt sie irgendwann: „Du, es tut mir leid, mit dir kann man nicht befreundet sein.“ Und so geht es mir mit den Politikern.

Dieser ganze Wahlkampf ist eigentlich unerträglich. Diese Schuldzuweisungen, diese Slogans, ich glaube, ganz viele in meinem Bekanntenkreis wollen das gar nicht sehen.

ORF.at: Bei Ihnen steht im Programm sehr viel von Basisdemokratie, die Bürger einbeziehen. Auf der anderen Seite fordern Sie sehr viel Leadership - bei der Lösung der Krise, etwa beim Klima. Wie passt das dann... Wie passt das zusammen? Wo trifft man sich in der Mitte und wo bekommt man die Menschen dorthin, dass sie sagen, da ziehen alle an einem Strang? Wie überzeugt man da?

Mulla: Also das Wort Basisdemokratie kommt gar nicht vor in unserem Programm, aber ja, wir wollen...

ORF.at: Mitbestimmung...

Mulla: Genau, wir wollen mehr Mitbestimmung auf unterschiedlichen Ebenen. Wie zum Beispiel: Den Bundesrat wollen wir durch einen BürgerInnen-Rat ersetzen, wo ganz normale Menschen - keine Parteien - eben drinnen sitzen für ein Jahr lang und eben Gesetze vom Nationalrat halt eben in Gültigkeit verleihen oder sie eben ablehnen. Das Gleiche wollen wir in den Betrieben haben: Es kann nicht sein, dass die MitarbeiterInnen, die das Unternehmen de facto tragen, die die Produkte herstellen, die Dienstleistungen bereitstellen und auch die Gewinne erwirtschaften, mehr oder weniger gar nichts mitzureden haben. Vor allem bei großen Konzernen glauben wir, dass sich die Chefitäten auch den MitarbeiterInnen zur Wahl

stellen müssen. Ganz konkret jetzt zu der vorletzten Dame: Da kann ich allem nur zustimmen. Deswegen haben wir auch den Wandel gegründet, weil vor dieser Politik und vor diesen Parteien und vor diesen PolitikerInnen, die jetzt im Parlament sitzen, da hat niemand mehr ein Vertrauen. Da gibt es keine Wahrhaftigkeit. Die meisten Leute lügen. Und ich war selber ein paar Monate im Parlament tätig, und ich kann nur bestätigen, was die Leute da draußen glauben über die Politik - das stimmt zu einem sehr großen Teil. 70 Prozent - meiner Erfahrung nach - der ParlamentarierInnen im Parlament hackeln dort überhaupt gar nichts. Die schreiben nicht einmal ihre Reden selber. Die sitzen dort drinnen, weil sie sich irgendwie verdient haben, oder weil sie etwas wissen über irgendjemand anderen. Aber für das Arbeiten sind die überhaupt nicht da.

ORF.at: Aber diese Mitbestimmungsmöglichkeiten, die Sie dann anskizzieren, glauben Sie, dass Sie das so organisieren können, dass tatsächlich eine Kontrolle ist oder ist das ein schönes ... eine schöne Utopie, eine schöne Vorstellung?

Mulla: Ich glaube auf jeden Fall, also ich habe ein großes Vertrauen in die Bevölkerung, in die Demokratie an sich. Und wir sehen das ja auch bei vielen anderen Dingen, wo wir das ganz konkret so machen - bei Geschworenen, die werden auch per Zufall ausgewählt, sitzen drinnen und fällen... fällen Urteile, also ja, das funktioniert, das System und das kennen wir.

ORF.at: Aber wer sind die Institutionen, die die Bürger dann wieder auswählen, die mitbestimmen?

Mulla: Wie bitte, entschuldige?

ORF.at: Wer sind die Institutionen? Wer ist... Wer wird ausgewählt, um in diesen BürgerInnen-Rat zu kommen? Die Institutionen...

Mulla: Also dort sagen wir, dass pro Jahr 100 Leute - Männer und Frauen gleich verteilt, unterschiedliche Altersschichten und Bildungshintergründe und so weiter - drinnen sitzen, aber für ein Jahr lang, und dann kommen eben die nächsten Menschen rein. So verhindern wir zum Einen, dass eben Lobbyisten, Parteien und so weiter halt Einfluss auf die Leute nehmen. Und zum Anderen, dass halt eben das Tagesgeschäft dann irgendwann übernimmt. Für ein Jahr, das ist eine überschaubare Periode, wo Leute mitbestimmen, mitgestalten können, und dann kommen die nächsten wieder nach, die eben das Kontrollgremium darstellen.

ORF.at: Das waren jetzt unsere Themenblöcke. Wir kommen zu den persönlichen Fragen. Wir haben drei für Sie ausgewählt aus ganz unterschiedlichen Bereichen und hören mal einen Herrn aus Völkermarkt.

„Wahlstimmen“-Frage

Liebe Spitzenkandidaten, meine Frage an Sie lautet: Wie sieht Ihr Programm aus, um sicher zu stellen, dass die Wirtschaft die nächsten fünf Jahre genauso weiterwächst und Sie uns nach wie vor eine Jobgarantie geben können?

ORF.at: Bei Ihnen ist skizziert, dass die Menschen nur noch 21 Stunden arbeiten in der Woche, wenn ich das richtig gelesen habe. In einer Generation. In einer Generation, also 30 Jahren. Okay, wie wollen Sie... wie wollen Sie... wie wollen Sie diesen Umstieg finanzieren - wirtschaftlich?

Wandel: Also zum Einen glauben wir nicht.. glaube ich nicht, dass unsere Wirtschaft permanent weiterwachsen muss. Weil momentan ist alles nur auf dem ganz kurzfristigen Konsum ausgelegt. Wir glauben, dass wir eine Wirtschaft brauchen, die das Gemeinwohl fördert. Ein Drittel der Menschen sagen zum Beispiel, dass sie de facto einen Job haben, der überhaupt nichts Positives für die Gesellschaft, für die Welt halt eben leistet. Wir machen wahnsinnig viele Dinge, wo es nur darum geht, Profit zu machen. Und da ist eben auch das Problem von unserer Wirtschaft und unserer Politik, die Profitstreben über alle stellt. Über Mensch, über Tier und Planet. Nein, wir brauchen nicht permanent wachsen und immer mehr produzieren und nur konsumieren - wir müssen nachhaltig eine Wirtschaft haben, die die Grundbedürfnisse der Menschen erfüllt, natürlich Innovation herausbringt, aber nicht einfach nur um mehr Gewinne zu machen, um das BIP zu steigern - das ist kein Maßstab, wie wir messen können „geht es uns als Menschen und als Gesellschaft besser“.

ORF.at: Aber welches Wirtschaftsmodell schwebt Ihnen vor? Reden Sie noch von der Marktwirtschaft oder ist es dann eine staatlich gelenkte Planwirtschaft?

Wandel: Ich glaube nicht, dass es sowohl... also das Eine sein muss oder das Andere. Wir haben in sehr vielen Bereichen eben die Mischung daraus, wo eben der Staat Dienstleistungen bereitstellt, perfekt bereitstellt. Bildungssystem, Gesundheitsvorsorge. Wenn wir uns anschauen, wenn man das anders macht, wie zum Beispiel in Amerika, wo das der Markt oder Private machen, geht es nur um Gewinne. 40 Millionen AmerikanerInnen sind nicht krankenversichert. Und im Endeffekt brauchen wir in vielen Bereichen natürlich eben privates Wirtschaften, was auch gut funktioniert, aber in vielen anderen Bereichen wollen wir das als Gesellschaft regeln und wo wir sagen, da brauchen wir keine Gewinne machen. Weil es geht uns darum, dass das gute Leben für alle eben bei den Menschen auch ankommt.

ORF.at: Wir haben eine Frage aus Völkermarkt nochmals.

„Wahlstimmen“-Frage

Also liebe Spitzenkandidaten und -kandidatinnen, meine Frage wäre: Wieso wird immer behauptet, dass es einen Lehrermangel geben wird in zwei bis drei Jahren, wenn das gar nicht so wirklich stimmt? Es wäre sehr interessant, darauf eine Antwort zu kriegen und bitte keine Blabla-Antworten.

ORF.at: Gebe ich gleich direkt weiter.

Mulla: Naja also ich weiß nicht genau, was die Dame eben meint, dass es keinen Lehrermangel gibt, aber prinzipiell glaube ich auch, dass gerade in Berufen, die gesellschaftlich extrem wertvoll sind, die ich als die LeistungsträgerInnen betrachte, und da gehören LehrerInnen auch dazu, dass wir da viel viel mehr Geld in die Hand nehmen müssen. Nichts liefert eine so hohe Rendite wie Bildung. Und dort braucht es mehr LehrerInnen. Da braucht es eine bessere Ausstattung an den Schulen, mehr Infrastruktur, es braucht mehr LehrerInnen. Oft auch eben eine zweite oder dritte Lehrkraft, es braucht kleinere Klassen. Aber ja, ich glaube, es hängt oft auch an den Fächern selber, die halt eben Leute studieren, die dann vielleicht nicht die Fächer sind, die jetzt gerade gefragt sind im derzeitigen Schulsystem. Aber wir brauchen grundlegend eine Veränderung von unserem Schulsystem weg zu eben den marktkonformen Ausbildungsfabriken. Hinzu, dass Kinder und Jugendliche gefördert werden, dort wo sie halt Schwächen haben, aber vor allem ihre Stärken, ihre Passionen, dass wir den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, dort, wo sie Interesse haben, dass sie dort gefördert werden und wirklich die Entfaltung von Kindern und Jugendlichen entsteht.

ORF.at: Gut danke, dann kommen wir zur letzten Frage dieser Dame.

„Wahlstimmen“-Frage

Ja liebe Politiker-Spitzenkandidaten: Ich möchte wirklich fragen, wie ihr euch das vorstellt, wie wir dieses System weiterhin finanzieren können, wenn - aufgrund der demografischen Entwicklung - die Menschen immer älter werden. Werden wir dann immer mehr Pflegeheime bauen? Wo nehmen wir das Personal dafür her? Wo nehmen wir das Geld dafür her? Wie können wir uns das in Zukunft leisten?

ORF.at: Das ist eine Frage, die eigentlich auf viele Punkte anspielt, die Sie stellen. Wo nehmen Sie die Mittel her, um das zu finanzieren, was Sie in Ihrem Programm fordern?

Mulla: Ja, dieses System - nein, das wird so nicht funktionieren. Wir brauchen auf der einen Seite natürlich viel viel mehr Geld und Ressourcen in diesen Bereichen - gerade im Pflegebereich, da haben wir einen Notstand - aber seit Jahren und Jahrzehnten. Das Geld ist da, das gehört halt jetzt einigen wenigen und denen müssen wir das, was sie sich in den letzten Jahren ungerechtfertigterweise angeeignet haben - die Milliardäre, die Konzerne, die Multimillionäre - denen werden wir das wieder wegnehmen müssen. Und zum anderen ...

ORF.at: Aber wie wollen Sie das umsetzen? Erbschaftssteuer? Enteignungen?

Mulla: Ja zum Beispiel. Von Vermögenssteuern, Finanztransaktionssteuern und so weiter. Da gibt es genügend Möglichkeiten und da ist die Ökonomie, die Wissenschaft, eigentlich auch auf unserer Seite. Jede Institution - EU-Kommission, OECD, IMF - alle fordern, dass Österreich endlich höhere Vermögens- und Erbschaftssteuern einführt oder überhaupt einführt - wir haben das ja gar nicht. Österreich ist Schlusslicht, bei uns kommt von 100 Euro

Steuereinkommen, kommen 64 Euro vom Arbeitseinkommen und nicht einmal ein Euro von Vermögenssteuern. Das ist so niedrig wie in kaum einem anderen, industrialisierten Land. Und ja, wir brauchen dort viel, viel mehr Geld. Wir brauchen dort mehr Personal. Wir brauchen aber auch eine Arbeitszeitreduzierung, weil die Menschen sind jetzt komplett überlastet - psychisch als auch körperlich. Wir brauchen anständige Löhne dort und ich bin überzeugt davon, also ich weiß es, dass wahnsinnig viele Leute gerade in diesen Bereichen - im Sozialen, in der Bildung, in der Pflege - arbeiten wollen, aber die Bedingungen und auch der gesellschaftliche Status ist dort einfach nicht angemessen für die Leistung, die diese Menschen erbringen. Und gerade wenn diese Menschen das nicht machen würden, würde unsere Gesellschaft viel viel mehr zusammenbrechen, als wenn irgendeine Bank krachen geht.

ORF.at: Gut, wie viele Menschen sich überzeugen lassen von Ihren Argumenten, werden wir sehen am 29. September. Lieber Herr Mulla, vielen Dank für Ihre Zeit und Danke für das Gespräch.

Mulla: Danke für die Einladung.